

LÁSZLÓ ANDOR

Für den Osten nichts als Versprechungen

Nachdem auf dem NATO-Gipfel von Madrid im Juli 1997 beschlossen wurde, mit Ungarn, Tschechien und Polen in Beitrittsverhandlungen einzutreten, könnten sich diese Länder bald in demselben Boot wieder finden, in dem die Türkei schon lange sitzt – nämlich in der Gruppe jener Staaten, die zwar Mitglied der NATO sind, deren Beitrittsbegehren zur Europäischen Union aber immer wieder auf die lange Bank geschoben werden.

Die Ankündigung der US-Amerikaner, sich für eine Osterweiterung der NATO durch die Aufnahme der drei genannten Länder einzusetzen, fiel zeitlich beinahe zusammen mit der erneuten Ablehnung eines umfassenden, dem Marshall-Plan ähnlichen Hilfsprogrammes für die ehemals sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas durch Präsident Clinton, die dieser anlässlich des 50. Jahrestages des Beginns der Marshall-Plan-Hilfe für das Nachkriegswesteuropa wiederholte. Wann und wo auch immer in den zurückliegenden Jahren westliche Politiker das Projekt eines »neuen Marshall-Plans« für Mittel- und Osteuropa zurückgewiesen haben, beteuerten sie zugleich inbrünstig, daß dieses Mal das ausländische Privatkapital die Aufgabe übernehmen würde, die vom Wirtschaftskrieg im Kalten Krieg und vom Kollaps des östlichen Handelsblocks (des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, wie er offiziell genannt wurde) zerrütteten mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften wiederaufzubauen.

Dies alles erinnert in fataler Weise an die US-amerikanische Politik nach dem Ersten Weltkrieg, als ebenfalls privates Kapital in großem Umfang in die zerstörten Volkswirtschaften Europas, einschließlich Deutschland, expandierte. Aufgrund des anarchischen Charakters dieser Kapitalbewegungen konnte dadurch jedoch die sich anbahnende größte wirtschaftliche und soziale Katastrophe dieses Jahrhunderts nicht verhindert werden. Die US-Amerikaner unternahmen damals in den zwanziger Jahren zu wenig und zu spät, um die Schuldenlasten Deutschlands zu reduzieren. Statt dessen unterstützten sie noch jene rigiden monetaristischen Konzepte, die die wirtschaftliche Depression nur vertieften und verlängerten.

Auch nach dem Fall der Berliner Mauer nahmen die ausländischen Investitionen in Mittel- und Osteuropa zu, ohne daß sie bis heute jedoch zu einer tatsächlichen Rekapitalisierung der Region geführt hätten. Ungarn z.B., in das bis 1996 etwa die Hälfte aller privaten Direktinvestitionen in der Region geflossen sind, weist ein niedrigeres Wachstum des Bruttoinlandprodukts auf als Polen,

László Andor – Jg. 1966; Herausgeber der politisch-theoretischen Zeitschrift »Eszmélet«, lehrt an der Ökonomischen Universität Budapest im Fachbereich für Politische Wissenschaft; Autor des Buches »Market Failure« (zusammen mit M. Summers), letzte Veröffentlichung in »UTOPIE kreativ« in Nr. 63 (Januar 1996) »Peripherisierung in Ungarn«.

»US-Präsident Bill Clinton hat darauf bestanden, daß die NATO in einer ersten Runde nur um Polen, Ungarn und Tschechien erweitert wird. Der französische Präsident Jacques Chirac dagegen forderte zunächst die Aufnahme von Slowenien und Rumänien.«
Aus: »Neues Deutschland« vom 9. Juli 1997.

»Allein die Aufnahme Tschechiens, Polens, Ungarns und der Slowakei, so das Budgetbüro des US-Kongresses ... in einer Modellrechnung Ende 1996, würde in den nächsten 15 Jahren bis zu 124,7 Mrd. Dollar kosten. 42 bis 51,8 Mrd. davon müßten die NATO-Neulinge aufbringen, um ihre Streitkräfte auf Pakt-Standard zu bringen und sich fit zu machen für die Strategie weltweiter Interventionsfähigkeit. (...) (Bei den Waffen) ... wittern staatliche Waffenhändler wie die großen Rüstungsfirmen fette Geschäfte. So hat das Pentagon den heißesten NATO-Anwärtern schon mal moderne Kampfflugzeuge im Wert von bis zu acht Milliarden Dollar angeboten.«
Olaf Standke in: »Neues Deutschland« vom 8. Juli 1997.

Tschechien, die Slowakei oder Rumänien – alles Länder, die andere und sogar langsamere Formen der Privatisierung der Wirtschaft anwandten.

Immer wieder hat das offensichtliche Versagen der entfesselten Marktkräfte bei einer schnellen wirtschaftlichen Erholung und einer Verbesserung des Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung in den östlichen Reformländern die Debatten über die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines 'neuen Marshall-Planes' neu angeheizt. Daß die Auseinandersetzungen darum nie wirklich verstummt, kann als Beweis für die andauernde gesellschaftliche Instabilität gelten, der Politiker wie andere Vertreter der öffentlichen Meinung Tribut zollen müssen. Diese Instabilität in den Ländern Mittel- und Osteuropas hat verschiedene Seiten. Sie betrifft die Entsicherung der persönlichen Verhältnisse all derer, die arbeitslos werden oder deren sozialstaatliche Absicherungen verlorengehen; damit verbunden ist die Kriminalisierung der Wirtschaft – von allgegenwärtiger simpler Steuerhinterziehung bis zur Öl-Mafia –; da ist das Wiederaufleben ethnisch motivierter Gewalt und rassistischer Aggressionen und schließlich betrifft dies auch die neuen Kapitalisten, deren neuen Besitztümern oft die rechtliche Legitimation fehlt.

Die wahre Ursache für diese allgemeine Entsicherung liegt im Transformationsprojekt selbst beschlossen; nicht zuletzt in dem Versuch, eine kapitalistische Gesellschaft mittels einer neoliberalen Schocktherapie (schnelle Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung) aus der Taufe zu heben. Der Druck westlicher Regierungen und multinationaler Organisationen, eine solche politische Strategie zu verfolgen, hat faktisch in allen Reformländern Mittel- und Osteuropas Wirkung hinterlassen, selbst in jenen Ländern, deren Regierungen neoliberalen Konzepten eher ablehnend gegenüberstanden. In den Ländern jedoch, in denen die Regierungen sich zumindest für einige Zeit vor den Karren einer neoliberalen Wirtschaftspolitik spannen ließen, waren die Folgen besonders verheerend.

Polen war das Land, in dem die, nach den Wahlen im Sommer 1989 installierte, stramm anti-kommunistisch eingestellte Solidarnosc-Regierung das erste und wahrscheinlich radikalste neoliberale – maßgeblich von Beratern mit »Dritte-Welt«-Erfahrung, einschließlich des berühmt-berüchtigten Havard-Professors Jeffrey Sachs daselbst, inspirierte – Wirtschaftsprogramm ins Werk zu setzen versuchte. Nachdem damit im Januar 1990 begonnen wurde, gelang es der Regierung innerhalb eines Jahres, Millionen von Menschen auf die Straße zu werfen und faktisch überflüssig zu machen. Allein der Zusammenbruch der Massenkaufkraft ermöglichte es, die Inflation zu stoppen und den »Nachfrageüberhang« bei den wichtigsten Lebensmitteln zu beseitigen. Der Preis dafür war allerdings eine sich im Zuge der abnehmenden öffentlichen Unterstützung für das Reformprogramm zuspitzende politische Krise und wachsender Druck auf die Solidarnosc, die sich nach dem Rücktritt von Premierminister Tadeusz Mazowiecki gezwungen sah, noch zwei weitere Premiers zu verschleifen, bis sie schließlich in einer Koalition unter Führung des Chefs der Bauern-

partei Waldemar Pawlak Zuflucht nehmen mußte. Auch die außerordentliche Belohnung für dieses politische Abenteuer durch die USA, die immerhin eine Halbierung der polnischen Auslandsschulden durchsetzten, half jedoch am Ende nichts. Letztendlich mußte die in offensichtlichem Zerfall begriffene Solidarnosc-Bewegung nach den Wahlen im September 1993 der post-kommunistischen Linken die Regierungsgeschäfte überlassen.

Unter dem Eindruck der polnischen Erfahrungen entschlossen sich zwei andere Länder, die ebenfalls unter einer post-kommunistischen Führung standen, die Experimente mit neoliberalen Reformkonzepten nicht fortzusetzen. Trotz starken Drucks durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) verfolgten Rumänien und Bulgarien zurückhaltende, vorsichtige Reformprogramme, obwohl natürlich auch in diesen Ländern die wirtschaftliche Lage nach dem Zusammenbruch des RGW 1991 schweren Verwerfungen ausgesetzt war. Infolge der Anwendung der ›bewehrten‹ Philosophie von Zuckerbrot und Peitsche durch die allmächtigen internationalen Organisationen wurden schließlich jedoch auch diese beiden Länder in Richtung Schocktherapie gedrängt. Anfang 1997 wurde dieses Ziel dann endlich erreicht – die neugewählten Regierungen überantworteten die nationalen Währungen dem freien Fall und senkten die Reallöhne innerhalb weniger Monate in zweistelligen Größenordnungen.

Demgegenüber wurde in der Tschechischen Republik zwar von der neoliberalen Rhetorik weidlich Gebrauch gemacht, ohne sie jedoch wirklich umzusetzen, während sich in Ungarn genau das Gegenteil ereignete; bis 1995 wurde viel über Gradualismus rasoniert und Neoliberalismus praktiziert. Infolge dessen wird Ungarn heute von Massenarbeitslosigkeit und wachsender sozialer wie regionaler Polarisierung heimgesucht, während in Tschechien weiterhin nahezu Vollbeschäftigung herrscht und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen 1997 gerade erst begonnen hat. Ausgerechnet die post-kommunistische Ungarische Sozialistische Partei hat nach 1995 das neoliberale Reformprojekt wiederbelebt, was unter anderem zeitweilig die rechts-populistische Partei der Kleinen Landwirte zur beliebtesten Partei werden ließ und ihr den Ruf einbrachte, als einzige ernsthaft Widerstand gegen die offensichtlich von IWF und Weltbank inspirierte Politik zu leisten. Kürzlich ist nun allerdings angesichts eines gigantischen Handelsbilanzdefizits auch der tschechische Premier Vaclav Klaus zum praktischen Neoliberalismus bekehrt worden, wodurch der bis dato stabilsten und scheinbar erfolgreichsten Variante der Wiedervermarktlichung in Mittel- und Osteuropa quasi über Nacht aller Glanz abhanden gekommen ist.

Anderenorts ist die Lage indessen noch wesentlich dramatischer. Abenteuerliche Finanzspekulationen haben Albanien an den Rand des Bürgerkrieges gebracht. Die schwerwiegendsten Folgen zeitigte das neoliberale Krisenmanagement jedoch im früheren Jugoslawien und in der ehemaligen UdSSR. In Jugoslawien hat die Unvereinbarkeit der Positionen in bezug auf die Geldpolitik und die Verteilung der Auslandsschulden zwischen den föderativen Republiken schließlich zum Zerfall des gemeinsamen Staates geführt. In

»Die Europäische Union wird Ende dieses Jahres entscheiden, ob sie ihre Mitgliederzahl von bisher 15 auf 21 erhöht. Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland und Zypern wurden am Mittwoch in Strasbourg von der EU-Kommission als die Länder vorgeschlagen, mit denen Anfang 1998 Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen. (...) Die fünf osteuropäischen Länder haben nach einer Untersuchung der Kommission große Fortschritte bei der Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft gemacht. Sie müssen aber laut Sauter (EU-Kommissionspräsident - d. Red.) noch 'bedeutende zusätzliche Anstrengungen' unternehmen.«
Aus: »Neues Deutschland« vom 17. Juli 1997.

»Der Türkei werden auch künftig enge Beziehungen zur EU angeboten, aber nicht die angestrebte Mitgliedschaft. Die Türkei ihrerseits warnte die EU vor Beitrittsgesprächen mit dem griechischen Teil Zyperns. Falls diese Pläne voranschreiten, habe die Türkei keine andere Möglichkeit, als sich mit der Nordhälfte der Insel zu vereinigen, sagte Vizepräsident Bülent Ecevit.«
Aus: »Neues Deutschland« vom 16. Juli 1997.

einer neuen Ära der Barbarei haben verschiedene Formen des Militarismus, des ethnischen und des Bandenterrors inzwischen Millionen Opfer unter jenen Völkern gefordert, die früher in zwei großen sozialistischen Föderationen – in der Sowjetunion und in Jugoslawien – friedlich miteinander lebten.

Sowohl in den Ländern, die gemeinsame Grenzen mit diesen Staatengebilden hatten, d.h. in fast allen ex-staatssozialistischen Staaten, als auch unter den in der Region engagierten Geschäftsleuten hat dies zu aufgeregten Debatten darüber geführt, wie Gewalt eingedämmt sowie Recht und Ordnung wieder hergestellt werden könnten. Der beste Weg zur Überwindung der allgemeinen Entsicherung wäre sicherlich wirtschaftliche Entwicklung, die vor allem durch eine beschleunigte Integration dieser Staaten in einen gesamteuropäischen Wirtschaftsraum in Gang gebracht werden könnte. Dadurch könnten in den Transformationsländern Arbeitsplätze und damit wachsende Einkommen für die arbeitenden Menschen in der Region geschaffen und gesichert werden. Dies würde jedoch eine Art konzertierte Aktion von seiten der wichtigsten westeuropäischen Regierungen erfordern. Diese sind jedoch gegenwärtig vollauf damit beschäftigt, ihre einigen Volkswirtschaften zu strangulieren, um in den kommenden fünf Jahren eine einheitliche Währung einführen zu können. Nur 1993 und 1994 waren sie gezwungen, sich stärker mit den Problemen des Ostens zu befassen; das war in den ersten beiden Jahren der Clinton-Administration, als die US-amerikanische Außenpolitik die Beschäftigung mit den Problemen der ehemaligen sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas an die EU überantwortet hatte. Damals versprach die EU den zehn assoziierten mittel- und osteuropäischen Ländern die baldige Mitgliedschaft. Tatsächlich hat die EU jedoch viel zu widersprüchliches, zu wenig und zu spät für die Stabilisierung und Entwicklung in Mittel- und Osteuropa unternommen.

Das Dayton-Abkommen von Ende 1995 – ein reichlich dubioser Friedensvertrag für den Balkan – markiert schließlich die massive Rückkehr der USA auf die politische Bühne in Mittel- und Osteuropa; allerdings nur zum Zwecke einer militärischen Befriedung, ohne darüber hinaus gehende Aussicht auf wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Die Entscheidung über die Osterweiterung der NATO ist nichts anderes als die Fortsetzung dieser Politik. Das Dilemma zwischen »mehr Arbeitsplätzen oder mehr Polizei« wurde von der US-amerikanischen und der westeuropäischen Außenpolitik zugunsten der letzteren aufgelöst.

Sicherlich werden die Verhandlungen über die NATO-Mitgliedschaft sich im Zugewinn an Wählerstimmen für die Sozialdemokraten in Polen und die Sozialisten in Ungarn niederschlagen. Die Polen sind wahrscheinlich glücklich, zu einer Verteidigungsallianz zu gehören, deren Atomraketen gegen Moskau gerichtet sind. Sie sollten jedoch nicht vergessen, daß sie im Falle einer tatsächlichen Aggression der Russen gegen den Westen, lange bevor die erste Atomrakete gestartet wird, zuerst mit konventionellen Mitteln Deutschland gegen die vorrückenden russischen Panzer verteidigen müßten. Eine noch wesentlich schwerer wiegende Wahnvorstellung ist jedoch die Erwartung, daß eine NATO-Mitgliedschaft

den ersehnten EU-Beitritt näherbringen würde. Dagegen sprechen schon allein die harten ökonomischen Fakten, die Mittel- und Osteuropa vom Maastricht-Europa trennen. Die Realeinkommen liegen hier nach wie vor erst bei einem Zehntel dessen von Deutschland, der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist ungleich größer als in den meisten EU-Ländern und die Konvergenzkriterien für die europäische Währungsunion können im nächsten Jahrzehnt kaum, wenn überhaupt jemals, erfüllt werden.

Die Osterweiterung der EU ist sicherlich unverzichtbar, wenn Osteuropa tatsächlich, d.h. heißt ohne autoritäre Strukturen, dauerhaft stabilisiert werden soll. Dies würde allerdings ein viel umfassenderes Herangehen an ein wirkliches europäisches Integrationsprojekt erfordern, ein Projekt ohne diese unpopuläre und die Interessen des Kapitals bedienende Einheitswährung, dafür aber mit mehr Entwicklungspolitik, die diesen Namen verdient, mit weniger Zugeständnissen an die Interessen privatwirtschaftlicher Ressourcenallokation, aber mit umfassenden Sicherheitsstrukturen, wie z.B. die OSZE. Das wäre keineswegs allein im Interesse der Menschen in Mittel- und Osteuropa. Westeuropa könnte ebenfalls eine Menge gewinnen – mehr Sicherheit und positive Rückwirkungen aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf jeden Fall.

AUS DEM ENGLISCHEN VON ARNDT HOPFMANN